

Austausch und Diskussion in der heutigen Sitzung der „Consulta“
**ZUSTÄNDIGKEITEN, BETEILIGUNG AN DER ENTSCHEIDUNGSFINDUNG AUF
STAATLICHER UND EUROPÄISCHER EBENE**

Der Präsident der „Consulta“, Giandomenico Falcon, eröffnete die Sitzung mit einem Überblick über die autonomen und die staatlichen Zuständigkeitsbereiche und betonte, dass die im Rahmen der Bürgerbeteiligung eingebrachten Vorschläge zum Thema der Beziehungen zum Staat vorwiegend eine Beibehaltung und eine Weiterentwicklung der bisher erreichten Autonomie bzw. eine Einschränkung der staatlichen Eingriffe betreffen. Daraus lässt sich das Anliegen ableiten, dass die im Sonderstatut als konkurrierend vorgesehenen Gesetzgebungsbefugnisse zu ausschließlichen werden (hauptsächlich zurzeit als die geplante Verfassungsreform bereits die Abschaffung der konkurrierenden Gesetzgebungsbefugnis enthielt), dass zusätzliche Zuständigkeiten übertragen und dass Einmischungen untergeordneter staatlicher Bestimmungen – insbesondere solche, die von unabhängigen Verwaltungsbehörden erlassen werden – eingeschränkt werden. Außerdem wird vorgeschlagen, den Wirkungsbereich der sogenannten transversalen staatlichen Bestimmungen in Bezug auf wesentliche Grundleistungen und die Koordinierung der öffentlichen Finanzen zu begrenzen. Laut einem weiteren Vorschlag sollen die 1992 mit Durchführungsbestimmung erworbenen Garantien – insbesondere jene des GvD Nr. 266 – ins Sonderstatut aufgenommen werden. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die vorgebrachten Anregungen sich mit jenen des vorläufigen Dokuments decken. Anschließend erläuterte Präsident Falcon mögliche Koordinierungsbestimmungen zwischen den im Sonderstatut verankerten und den im Art. 117 und 118 der Verfassung vorgesehenen Gesetzgebungsbefugnissen.

Als nächstes referierte Matteo Cosulich, der auf die Beteiligung der Region sowie der Autonomen Provinzen an der Entscheidungsfindung auf staatlicher Ebene einging. Er erwähnte die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gesammelten Vorschläge, insbesondere jene der Zwölfer Kommission, der Trentiner Parlamentarier und jene der Landesregierung. Professor Cosulich betonte, dass es gilt, einen für das italienische Parlament annehmbaren Vorschlag auszuarbeiten; dabei sollen bereits bestehende Vorgehensweisen aufeinander abgestimmt und verbessert, aber nicht völlig neue und unpraktikable Lösungen vorgeschlagen werden. Die Eckpunkte seines Referats betrafen insbesondere: die Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut als bilateraler Akt zwischen Staat und Region, die Rolle und die Zusammensetzung der paritätischen Kommission und eine eventuelle Einbeziehung der Landtagsorgane sowie die Berücksichtigung der vom Rat der örtlichen Autonomien formulierten Leitlinien insbesondere im Bereich der Gemeindegewaltigkeiten.

Im Anschluss daran erläuterte der Vizepräsident der „Consulta“, Jens Woelk, das Thema „Beziehungen zur EU und europäische Integration“, worüber mit Bozen keine Meinungsverschiedenheiten bestehen und das im geltenden Sonderstatut nicht aufgegriffen wird. Seiner Meinung nach sollte man dem Beispiel anderer italienischer Regionen folgen, indem einige in der Verfassung, in den Durchführungsbestimmungen und in der ordentlichen Gesetzgebung bereits anerkannte Grundsätze in das Statut aufgenommen werden. Der Vizepräsident erläuterte daraufhin die im Einführungsbericht enthaltenen Vorschläge, und zwar den Verweis auf die Werte und Grundsätze der europäischen Integration (Frieden, Zusammenarbeit, Subsidiarität), welcher in die Präambel aufgenommen werden sollte, sowie zwei spezifische Artikel: ein dem Thema Europa gewidmeter Artikel, welcher die Grundsätze der Beteiligung an der Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene sowie der autonomen Umsetzung des europäischen Rechts enthalten sollte und ein dem Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gewidmeter Artikel, welcher eventuell auch unter das Kapitel „Europa“ fallen könnte, der insbesondere die Zusammenarbeit über den Brenner hinweg betreffen

sollte. Allerdings müsste die Formulierung betreffend die konkrete juristische Form allgemein gehalten werden, weil die derzeit bestehende Form der Zusammenarbeit (EVTZ) möglicherweise in Zukunft Änderungen erfahren könnte.

An der Diskussion beteiligten sich Martina Loss, Rodolfo Borga, Jens Woelk, Donata Borgonovo Re, Paolo Pombeni, Walter Viola, Landtagspräsident Bruno Dorigatti und der Landtagsabgeordnete Walter Kaswalder.